

# Bevölkerung muss den Gürtel enger schnallen

Regierung präsentiert 160-Millionen-Franken-Sparpaket

**BETROFFENEN-LANDKARTE**

Betroffenenkategorien		KVG	AHV	NBU	IHZ	Personal- & Sachausgaben	Finanzzuweisungen
Nichterwerbstätige	Schüler/Studenten	✓					
	Rentner	✓	✓				
Erwerbstätige	Einzelpersonen	✓		✓			
	Grenzgänger	✓		✓			
	Familien	niedrige Einkommen			✓		
		mittlere/hohe Einkommen	✓		✓		
Staatspersonal				✓	✓		
Gemeinden							✓
Ausland					✓		

**Legende:** KVG (Krankenversicherung), NBU (Nichtberufsunfallversicherung), IHZ (Int. Humanitäre Zusammenarbeit)

**VADUZ – Das Sparpaket macht vor niemandem Halt. Ob Schüler, Studenten, Rentner, Grenzgänger, Familien oder Staatsbedienstete: Alle müssen ihren Beitrag zur Sanierung des Budgets leisten.**

• **Michael Benvenuti**

Jetzt ist die Katze endlich aus dem Sack: Nach monatelangen Ankündigungen und Spekulationen hat die Regierung gestern ihre Sparpläne der Öffentlichkeit präsentiert. Weil Regierungschef Klaus Tschüscher offensichtlich nicht die alleinige Verantwortung für die 160-Millionen-Franken-Last übernehmen wollte, «bat» er die restlichen vier Regierungsmitglieder um deren Anwesenheit. So wurde der Kelch der geplanten Sparmassnahmen innerhalb der Koalitionsregierung fröhlich umhergereicht.

Am schwersten zu stemmen hatte Regierungsrätin Renate Müssner. Sie muss in ihren Ressorts deutlich über 50 Millionen Franken einspa-

ren. Konkret soll ab 2012 die Subvention der Nichtberufsunfallversicherung (NBU) abgeschafft werden. Das bringt dem Staat 12,5 Millionen Franken und dem Steuerzahler eine jährliche Mehrbelastung von Hunderten Franken.

## Höhere OKP-Prämien ab 2011

Im Krankenversicherungsbereich müssen die Ausgaben bis 2015 um 23 Millionen Franken gekürzt werden. Auch das heisst im Umkehrschluss, dass die Bevölkerung künftig deutlich tiefer in die Tasche greifen muss – bei Prämien oder Selbstbehalt. Allerdings, fügte Renate Müssner hinzu, müsse die Senkung der Subventionen «sozial verträglich» gestaltet werden.

Zu guter Letzt hatte Müssner noch die Aufgabe, die Kürzung des AHV-Staatsbeitrags ab 2012 um 15 Mio. Fr. zu verkünden. Im Detail sollen unter anderem die Subventionen bei Frühpensionen «angepasst» werden. «In den letzten Jahren hatten wir hier eine feudale Lö-

sung», kritisierte Müssner vor den Medien.

Offensichtlich gegen ihren Willen muss Aussenministerin Aurelia Frick das Budget für die Humanitäre Hilfe bis 2015 um 8,2 Mio. Franken kürzen. Auf die Frage, weshalb eines der reichsten Länder ausgerechnet bei den Ärmsten spare, antwortete sie: «Das war ein Entscheid der Kollegialregierung.»

## 50 Mio. weniger für Gemeinden

Zwei heikle Aufgaben warten auch noch auf Regierungschef Tschüscher: Zum einen sind in der Landesverwaltung beim Sach- und Personalaufwand Kürzungen von je 15 Millionen Franken vorgesehen, zum anderen sollen die Finanzzuweisungen des Staates an die Gemeinden um 50 Millionen Franken sinken.

Sollte der Spardruck auf das Haushaltsbudget etwas nachlassen, will die Regierung zuerst die sozial sensitiven Bereiche wieder entlasten. **Seiten 4/5**